

Bericht über die gemeinsame Trägerkonferenz der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und der Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung im Land Brandenburg e. V. am Donnerstag, den 10. Februar 2011

„Ist mit den Alten noch Staat zu machen?“ hatte die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung ihre jährliche Trägerkonferenz etwas provokant überschrieben. Sie fand am 10. Februar 2011 statt. Es sollte um den demografischen Wandel im Land gehen, um die Tatsache, dass immer mehr Menschen immer älter werden, dass weniger Kinder geboren werden, Gutqualifizierte abwandern, vor allem jedoch darum, wie es gelingen kann, in einem ausgedünnten Flächenland wie Brandenburg die politische Teilhabe von Menschen zu ermöglichen.

Frau Dr. Martina Weyrauch stellte in ihrer Begrüßung der Teilnehmer – darunter die Vizepräsidentin des Brandenburgischen Landtages, Gerrit Große, und weitere Landtagsabgeordnete sowie Vertreter von Vereinen, die politische Bildung in Brandenburg anbieten – die von der Landeszentrale erarbeitete Konzeption zum Thema demografischer Wandel in ihren Grundzügen dar. Sie führte aus, dass der demografische Wandel die Chance biete, noch stärker als bisher Bürger zu Engagement und politischer Teilhabe zu motivieren und zu qualifizieren. Das würde nur gelingen, wenn die Trägerlandschaft weiter erhalten bliebe und inhaltlich und finanziell gestärkt werde.

Die Landeszentrale beschäftigt sich **inhaltlich** mit der Frage, inwieweit der demografische Wandel Einfluss hat auf die Formen der politischen Teilhabe, worin und mit welchen Auswirkungen der Zusammenhang zwischen demografischen Merkmalen und politischer Partizipation besteht. **Strukturell** heiße es eben, die Trägerlandschaft weiter zu festigen und auszubauen, um auch auf dem Gebiet des Demografischen Wandels mit den Trägern weiter zusammenzuarbeiten.

Der Grundgedanke, die Arbeit mit freien Trägern in einer neuen Qualität zu entwickeln, sei der Erkenntnis geschuldet, dass eine vitale Demokratie nur durch die Beteiligung ihrer Bürger funktioniert. Beteiligungserfahrungen und -bewertungen von Bürgern sind immer wieder Anstoß für Veränderungen und daher existieren verschiedene Formen partizipativer Rückmeldung und Evaluation. Brandenburg ist das einzige Bundesland, in dem es einen Verbund der freien Träger in der Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung Brandenburg e.V. gibt. Neueste politikwissenschaftliche Untersuchungen unterstützten die Politik der Landeszentrale, durch hohes bürgerschaftliches Engagement sowohl politische Bildung in unterschiedlichster medialer Weise anzubieten als auch demokratische Strukturen von Akteuren vor Ort am Leben zu halten.

Dr. Michael Bürsch, engagiert im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Begründer des Centrum für Corporate Citizenship Deutschland (CCCD), sprach unter der Überschrift „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ über den Zusammenhang zwischen demografischem Wandel, gesellschaftlicher Entwicklung und politischer Partizipation von Bürgern. Bürsch war zwölf Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages (1997-2009) und leitete zwischen 2003 und 2009 den Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“.

Der Vortrag von Michael Bürsch gliederte sich in fünf Handlungsfelder – Wirtschaft und Wachstum, Neuer Gesellschaftsvertrag, Demokratie und Bürgerbeteiligung, Die Weisheit der Vielen und Politische Bildung 2020. Für alle genannten Gruppen legte der Referent seine Überlegungen dar. Er nannte das Ehrenamt einen unverzichtbaren Bestandteil künftiger Gesellschaften, das den die Grundversorgung sichernden Staat ergänzt. Daneben stellte er die Selbsthilfe, die beispielsweise inzwischen ein entscheidender Teil des Gesundheitswesens geworden sei. Zivilgesellschaft und Wirtschaft müssten sich künftig viel mehr als bisher zur Bewältigung der Aufgaben zusammentun. Dabei plädierte er dafür, nicht allein die finanziel-

len Ressourcen der Wirtschaft in den Blick zu nehmen, sondern auch das Know-how zu nutzen.

In Anschluss an den Vortrag entspann sich eine lebhaftige Diskussion. Zusammengefasst war sie ein großes Plädoyer für mehr Bürgerbeteiligung, für weniger bürokratische Hürden, für mehr Akzeptanz des Bürgerwillens in den Kommunen und in diesem Zusammenhang für eine Gesprächskultur auf Augenhöhe, für Respekt und Wertschätzung.

Am von der Landeszentrale anschließend organisierten Praktiker-Podium nahmen der Vertreter der Staatskanzlei **Torsten Maciuga**, Referat Demografischer Wandel/Koordinierungsstelle bürgerschaftliches Engagement, **Dr. Ingrid Witzsche**, Vorsitzende des Fördervereins Akademie 2. Lebenshälfte, **Ariane Böttcher**, Vorstandsmitglied Zuhause in Brandenburg e.V. und **Marc Schreiber**, Projektkoordinator bei der Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e.V. teil.

Dr. Bärbel Möller von der Landeszentrale leitete die Moderation des Praktiker-Podiums mit der Feststellung ein: Die Anbieter politischer Bildung haben in den letzten Jahren verstärkt Themen des demografischen Wandels aufgenommen. Sie beförderten damit Diskussionen vor Ort zu den jeweils speziellen Problemstellungen. Insofern hat sich die Spezifik der Landeszentrale, dezentrale politische Bildung in der Fläche des Landes anzuregen und zu fördern, sich auch bei diesem Thema bewährt.

Ingrid Witzsche schilderte, dass sich ihr Verein, der zehn Kontaktstellen im Land unterhält, schon seit längerem dem Thema demografischen Wandel zugewandt habe. Die einzelnen Projekte entstünden aus den Bedürfnissen der Klientel, die der Verein vorwiegend anspricht. Seit 2010 läuft die Initiative „AltenReich statt KinderArm“, die auch 2011 in sehr unterschiedlichen Veranstaltungen fortgeführt werde und dazu diene, auf das zum Teil ungenutzte Potenzial Älterer aufmerksam zu machen und gleichzeitig die Älteren fit zu machen für eine qualifizierte Bürgerbeteiligung in der Kommune. Auch für den Verein sei es ein Lernprozess gewesen, den demografischen Wandel einerseits als umfassende Erscheinung wahrzunehmen und dabei gleichzeitig zu registrieren, dass die Bedürfnisse und Möglichkeiten regional sehr unterschiedlich seien.

Marc Schreiber sprach über das LAG-Projekt PoLaR, eine Initiative mehrerer, unter dem Dach der LAG arbeitender Vereine, die politische Bildung im ländlichen Raum anregen will. Fünf Schwerpunktregionen wurden ausgesucht, in denen die Projektkoordinatoren mit verschiedenen Partnern, vor allem aber mit den Mobilien Beratungsteams nach unterschiedlichen Zugängen für politische Bildung suchen. Erzählwerkstätten wurden ins Leben gerufen, Dorfchroniken geschrieben, Kinder organisierten Bürgermeisterwahlen, Jugendliche übten sich in Gewaltprävention. Trotz der Erfolge beschrieb der LAG-Vertreter sehr nüchtern, dass vielfach eine Abneigung gegen Politik und Politiker zu spüren sei, Fremdenfeindlichkeit kein Einzelfall sei und politische Bildung kein hohes Ansehen genieße. Nur rund 50 Prozent der geplanten Projekte haben überhaupt stattfinden können. Dennoch sei es wichtig, gerade auf den Dörfer individuelle Zugänge zu schaffen und die Bemühungen langfristig anzulegen und zu verstetigen, um Vertrauen aufzubauen.

Ariane Böttcher beschrieb, dass der uckermärkische Verein Zuhause in Brandenburg zunächst als eine Art Selbsthilfe gegründet wurde, um jungen Rückkehrern eine Plattform für Kontaktaufnahme und Zusammenhalt zu bieten. Zwar gäbe es eine anhaltende Abwanderung junger Leute, aber andererseits sei der Wunsch nach Rückkehr bzw. das Gefühl für die Heimat bei vielen doch sehr stark ausgeprägt. Allerdings gehe die Lokalpolitik gar nicht oder sehr wenig auf die Bedürfnisse der jungen Menschen ein. Deshalb habe sich der Verein zum Ziel gesetzt, Handlungsempfehlungen als Input für die Politik, die Kommunen, die Entscheidungsträger vor Ort zu geben. Problematisch stelle sich der Zugang zur Politik und im Speziellen zur Verwaltung dar. Der Verein kooperiere unter anderem auch mit der lokalen Wirtschaft, die ja ein natürliches Eigeninteresse an der Zu- bzw. Rückwanderung junger, gut

ausgebildeter Menschen habe. Als wichtiges Werkzeug bezeichnete Ariane Böttcher den Internet-Blog des Vereins: Hier würden die ausgewanderten, heimatfernen Brandenburger „up-to-date“ gehalten, sie erhielten mit dem Blog weiterhin Partizipationsmöglichkeiten und erregte zu Diskussionen an. Die Vereinsmitglieder unternähmen diese Initiativen, um den Dialog mit Politik und Verwaltung zu intensivieren, für die spezifischen Problematiken zu sensibilisieren und „Rückkehrer“ als politisch relevantes Handlungsfeld zu etablieren. Das Projekt wurde durch die Staatskanzlei 2010 als beispielhafte Initiative ausgezeichnet.

Torsten Maciuga beschrieb zunächst den Lernprozess in Bezug auf den demografischen Wandel, den die Landesregierung durchmachen musste. Es gehe weniger darum, den Prognosen hinterherzulaufen. Vielmehr gelte es, die Chancen aus diesem unvermeidlichen, alle Lebensbereiche betreffenden Prozess herauszufiltern. Da es lange Zeit einen Netto-Überschuss an Zuzügen gab, sei es bis ins neue Jahrtausend schwierig gewesen, für demografische Probleme zu sensibilisieren. Seit gut zehn Jahren jedoch sei ein Wandel zu beobachten, heute würden die demografische Probleme als Herausforderung wahrgenommen. Wichtigstes Ziel der Arbeit sei es, die strategischen Projekte in den Kommunen vor Ort zu fördern, einen „Marktplatz der Möglichkeiten“ zu initiieren und den handelnden Akteuren Wertschätzung zukommen zu lassen. Eine Bilanz-Konferenz sei in Planung.

In der sich anschließenden Diskussion wurden einige Wünsche an die Landes- und Kommunalpolitiker formuliert:

- Die Erreichbarkeit der Kommunen als Mitgestalter und Mitwirkende müsse verbessert werden.
- Die lokale Ebene stelle das Hauptproblem der Arbeit dar, während man auf Landesebene Unterstützung erfahre. Eine zentral gesteuerte Einrichtung für Rückwanderer sei kontraproduktiv, da sich die einzelnen Regionen in ihren Problemen und auch Anforderungen zu sehr unterscheiden.
- Bürgerbeteiligung und politische Teilhabe brauchen vor allem Geduld und Vertrauen. Deshalb muss die Arbeit daran langfristig angelegt und langfristig abgesichert sein. Einmal initiierte Prozesse brauchen Zeit, um Veränderungen sichtbar werden zu lassen.

Mit einer kurzen internen Sitzung fand die Trägertagung 2011 ihren Abschluss.